

Dokument 55

Neuordnung der Sekundarstufe II – Plädoyer für einen Neuanfang – Ein Beitrag von Dr. Joachim Lohmann und Friedemann Stooß - Kiel/Nürnberg, Juni 2009

Zu den Autoren:

Dr. Joachim Lohmann, *1935, 1970-79 Stadtschulrat von Kiel, 1979-93 SPD-Landtagsabgeordneter im Landtag von Schleswig-Holstein, zunächst bildungs-, später finanzpolitischer Sprecher, 1993-98 Finanzstaatssekretär in Schleswig-Holstein. Anschrift: Jakobsleiter 1, 24159 Kiel.

Friedemann Stooß, *1930, Sozialpädagoge. Bis 1993 Leiter des Bereichs Berufs- und Qualifikationsforschung im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit. Seit Jahren Mitglied der Projektgruppe Vergleichende Berufsbildungsforschung an der Universität Karlsruhe. Anschrift: Welsersstraße 52, 90489 Nürnberg.

Neuordnung der Sekundarstufe II

Plädoyer für einen Neuanfang

Kiel/Nürnberg, Juni 2009

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Die Sekundarstufe II ist äußerst heterogen.....	3
2.1 Das Übergangssystem ist wenig effektiv	3
Die Notmaßnahmen auf Zeit werden zum Übergangssystem auf Dauer.....	3
Heterogene Formen und regionale Unterschiede beim Ausbau	4
Das Übergangssystem qualifiziert zu wenig	5
2.2 Die duale Berufsausbildung entspricht weder den selbstgesetzten Normen noch den internationalen Standards.....	6
Selbstgesetzte Normen werden verletzt	6
Internationale Standards werden nicht eingehalten	7
2.3 Bund und Länder haben beim Ausbau des Schulberufssystems versagt	8
2.4 Mit der jetzigen Abiturientenquote besteht Deutschland den globalen Wettbewerb nicht	9
2.5 Zwischen den Bildungsgängen der Sekundarstufe II gibt es keine Durchlässigkeit	9
3. Die Sekundarstufe II ist sozial höchst selektiv	10
3.1 Die Sekundarstufe II liest sozial aus	10
3.2 Die Sekundarstufe II verteilt soziale Chancen.....	11
4. Die Sekundarstufe II verliert ihre Ausbildungsfunktion	12
4.1 Der Wandel des Dualsystems ist beträchtlich	12
Die duale Berufsausbildung wird postsekundär	12
Die Wirtschaft stellt nach der Vorbildung ein.....	13
Die Wirtschaft entzieht sich der Bildungsaufgabe	13
Das Dualsystem folgt dem wirtschaftlichen Wandel nur zögernd.....	14
Das Berufswahlspektrum für Frauen und Männer verändert sich	14
4.2 Das Schulberufssystem steht vor strukturellen Veränderungen	14
Der Zugang wird postsekundär.....	14
Die Ausbildung für die Elementarerziehung wird tertiär	15
Die Gesundheitsberufe werden akademisiert	15
Neujustierung als bildungspolitische Herausforderung	15
4. Die Sekundarstufe II ist umfassend zu reformieren.....	16
5.1. Rahmenvorgaben für eine neugestaltete Sekundarstufe II.....	16
5.2 Neuausrichtung der dualen und schulischen Berufsausbildung.....	17
5.3 Notwendige Anpassungsschritte in der Sekundarstufe I	18
5.4 Auswirkungen auf den Tertiärbereich.....	19
5.5 Reformen jetzt	20
5.6 Die Neugestaltung der Sekundarstufe II ist finanzierbar.....	20

1. Einleitung

Die Sekundarstufe II mit Berufs- und Allgemeinbildung ist in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht mehr zu verantworten. Sie qualifiziert zu wenig, benachteiligt Kinder aus unteren sozialen Schichten und aus Migrantenfamilien. Diesen bietet sie nur unter erschwerten Bedingungen und mit hohem Zeitaufwand einen Zugang zu qualifizierter Berufsausbildung oder zum Hochschulstudium.

Der Zustand der Sekundarstufe II hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verschlechtert: Sie ist weit überdehnt: In den vielfältigen Berufsvorbereitungsmaßnahmen – dem Übergangssystem – stauen sich jährlich eine halbe Million junger Leute. Ergebnis ist, dass die Berufsausbildung in Betrieben und Vollzeitschulen mehrheitlich erst im Erwachsenenalter beginnt, sie ist längst postsekundär. Die Lebenszeit vieler junger Menschen wird vergeudet. Das ist unerträglich.

Eine Neugestaltung der Sekundarstufe II ist bildungspolitisch mehr als dringlich. Statt des Übergangssystems sollte die Zeit in der Sekundarstufe II genutzt werden, alle Jugendlichen deutlich höher zu qualifizieren. Die Bildungsgänge sollten sowohl berufs- wie studienvorbereitend sein und dazu befähigen, dass allen Jugendlichen grundsätzlich die Wahl von der dualen Berufsausbildung bis zum Studium offensteht. Somit würden sich die Bildungschancen der Jugendlichen deutlich verbessern, der Engpass der dualen Berufsausbildung wäre überwunden, eine höhere Studienquote erreicht und auch der Akademikermangel beseitigt. Deutschland könnte den Anschluss an Europa bei der Studien- und Akademikerquote wieder gewinnen. Ausbildungsgänge, die eine höhere Qualifikation erfordern und bisher nur per Anhang zu den EU-Anerkennungsrichtlinien denen anderer Staaten gleichgestellt sind, könnten im unteren bzw. im oberen Tertiärbereich (Hochschulbereich) angesiedelt werden.

2. Die Sekundarstufe II ist äußerst heterogen

In keinem anderen Land weist die Sekundarstufe II eine derart große Heterogenität der Bildungsangebote auf wie in Deutschland. Das Drittel eines Jahrgangs, das am Gymnasium das Abitur ansteuert, rückt innerhalb der Schule in die nächste Jahrgangsstufe auf. Die anderen Jugendlichen stehen nach neun oder zehn Schuljahren vor der Berufswahl. Nur, der Weg von der Sekundarstufe I in die duale Berufsausbildung mit Lehrbetrieb und Berufsschule ist nicht mehr die Regel. Die meisten gehen - eher gezwungenermaßen, denn aus eigenem Antrieb - noch ein oder mehrere Jahre in ein Übergangssystem, ohne dass ihnen danach ein Ausbildungsplatz sicher ist. Die duale Berufsausbildung ist in 349 Ausbildungsberufe zersplittert. Daneben bestehen die Berufsfachschulen und die Schulen des Gesundheitsdienstes, die für über 120 Berufe eine Ausbildung anbieten. Die Schwerpunkte, die Zugänge, Abschlüsse und Berechtigungen unterscheiden sich stark und weichen unter den Bundesländern ab. Der Ausbaustand ist aufs Ganze gesehen gering, variiert aber stark zwischen den Ländern.

2.1 Das Übergangssystem ist wenig effektiv

Die Notmaßnahmen auf Zeit werden zum Übergangssystem auf Dauer

Die vorberufliche Bildung ist im Wesentlichen erst in den Jahren 1975 - 1985 entstanden und wird neuerdings als Übergangssystem bezeichnet. Mit dem Ölchock und der Rezession 1974/76 war der Überhang von einer Viertel Million Lehrstellen dahin geschmolzen. Jugendarbeitslosigkeit drohte. Ins Blickfeld kam das berufliche Schulwesen. Doch eine Neuordnung scheiterte im Streit zwischen Bund und Ländern. Nun sollte ein Notprogramm die von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen auffangen, die nach der Haupt- und Realschule ohne Ausbildungsplatz blieben.

Ein Konzept war damit nicht verbunden. Vielmehr wurde an bestehende Formen angeknüpft. Als die Autorengruppe Bildungsberichterstattung die berufliche Bildung in der Zuständigkeit von Bund und Ländern analysierte, stieß sie darauf, dass seit 2001 fast ebenso viele Schulabgänger/-innen in eine

Grauzone zwischen Schulabgang und regulärer Ausbildung eingetreten waren wie in das Dualsystem.¹

Was als Notmaßnahmen begann, wird nunmehr - neben dem Dualsystem und dem Schulberufssystem - als regulärer Weg in die Berufsausbildung verstanden. Nur - eine Bildungsstufe, deren Abschluss den Zugang zu gehobener allgemeiner und zu beruflicher Bildung eröffnet, ist das Übergangssystem nicht. Eher ist es eine Warteschleife, deren Besuch bei den Betroffenen, ihren Eltern und den Altersgenossen als diskriminierend gilt. Auch bei der Wirtschaft haftet den Bewerbern vor allem aus dem Berufsvorbereitungsjahr oder dem Berufsgrundbildungsjahr an, sie seien wegen fehlender Ausbildungseignung abgewiesen worden. Einen festen Standort im deutschen Bildungswesen können Formen, die derart diskriminiert sind, nicht einnehmen. Ihr Profil bleibt unscharf, sie führen eher ins Abseits als ins Arbeitsleben.

Heterogene Formen und regionale Unterschiede beim Ausbau

Seit 1995 ist das Übergangssystem stetig aufgestockt worden, und es ist sehr heterogen. Die Autorengemeinschaft Bildungsberichterstattung rechnet dazu selbst die 11. Jahrgangsstufe der Fachoberschule, nicht aber die Fachgymnasien. Diese Position wird im Folgenden nicht übernommen. Denn beide Wege vermitteln den Hochschulzugang, die Fachoberschule zur Fachhochschule, das Fachgymnasium auch zur Universität.

Als Übergangssystem im engeren Sinne werden im Folgenden verstanden:

Übersicht 1: Eintritte ins Übergangssystem im Jahre 2006

	abs.	%
das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) in Vollzeit	68.000	15,1
das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), in Vollzeit	48.000	10,7
die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur (BA) und die von ihr bezuschusste Einstiegsqualifizierung	131.000	29,2
die zweijährigen Berufsfachschulen (BFS), die eine berufliche Grundbildung meist im kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Berufsfeld bieten und zumeist zum Realschulabschluss führen	202.000	45,0
insgesamt	449.000	100,0

Quelle: BMFF, Berlin/Bonn: Berufsbildungsbericht 2008, S. 109f.

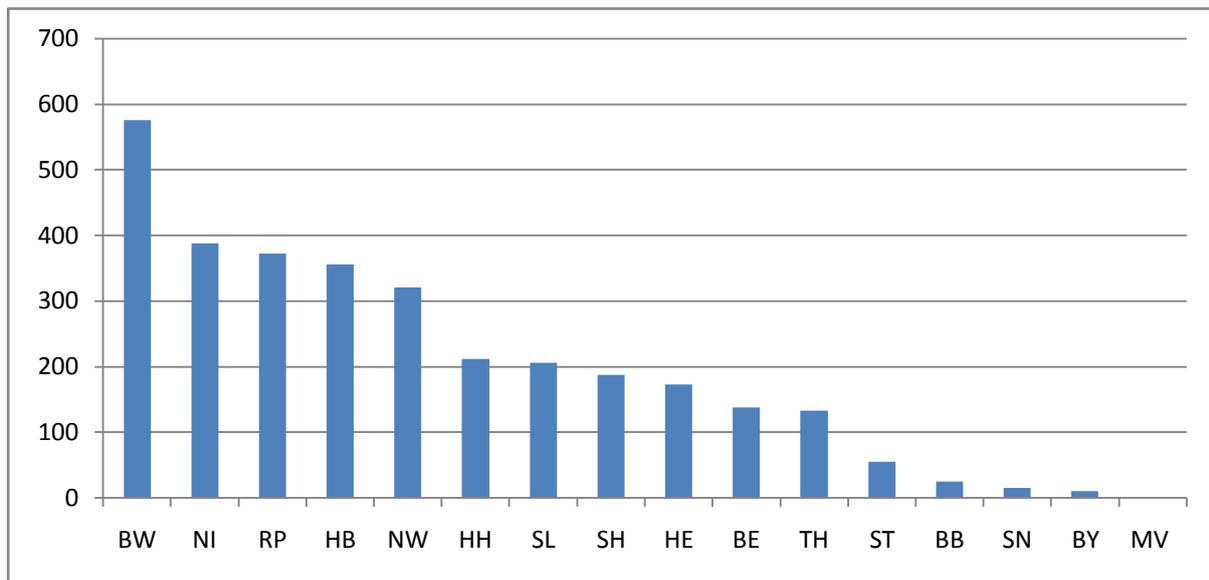
47 Prozent aller Schulabgänger/-innen der allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2006 blieben ohne Ausbildungsplatz, mussten vielmehr ins Übergangssystem wechseln; in den alten Ländern waren es über 51 Prozent, in den neuen Ländern fast 33 Prozent.

Die im Übergangssystem verfügbaren Plätze sind von Land zu Land höchst unterschiedlich strukturiert. Praktisch hat jedes der 16 Länder seinen eigenen Mix an flankierenden Angeboten entwickelt. Beispielsweise setzen einzelne Länder, darunter u.a. Bayern, stärker auf die Maßnahmen der Bundesagentur zur Berufsvorbereitung als andere. Das Land Brandenburg bietet weder das BVJ, noch das BGJ an. Kein Berufsgrundbildungsjahr gibt es zudem in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und im Saarland.

Die unterschiedlichen landestypischen Positionen sind auch am Ausbau der Berufsfachschulen, die zum mittleren Abschluss führen, abzulesen. Diese existieren in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht, in den anderen 15 Ländern teils nur in minimalem Umfang. (Rangfolge mit den Länderkurzbezeichnungen):

¹ Lt. Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2006, Bielefeld 2006, S. 81, waren seit dem Jahr 2001 jedes Jahr um 500.000 Jugendliche ins Übergangssystem eingetreten.

**Schaubild 1: Berufsfachschulausbau nach Ländern
Eintritte je 100.000 Einwohner im Jahr 2006**



Quelle: BMBF, Berlin/Bonn: Berufsbildungsbericht 2008, S. 109f.

Das Übergangssystem qualifiziert zu wenig

Die gewaltige Aufstockung des Übergangssystems wird seitens der Wirtschaft vornehmlich mit schwachen Schülerleistungen und fehlender Berufsreife (bzw. Employability) begründet. Diese Argumentation ist nicht schlüssig. Die Zahl der Schulentlassenen ohne Abschluss ist seit langem rückläufig, wenn auch weiterhin zu hoch. Ins Übergangssystem gehen auch nicht nur Sonderschüler und Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, sondern auch gut die Hälfte der Abgänger mit Hauptschulabschluss und gut ein Viertel derer mit mittlerer Reife. Zudem schwanken die Zugänge zwischen den Bundesländern erheblich.

Das Übergangssystem reagiert vielmehr vorrangig auf das unzureichende Lehrstellenangebot und die gestiegenen Anforderungen der Wirtschaft, doch es entlastet den Ausbildungsmarkt nicht, sondern verschiebt nur die Nachfrage auf kommende Jahre. Zu einer Entspannung des Ausbildungsmarktes führen nur die eine Lehre ersetzenden Berufsfachschulen, die am ehesten in Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg sowie in den neuen Ländern den Hauptschulabsolventen eine Alternative zur Ausbildung im Betrieb bieten.

Der Intention des Übergangssystems, die Jugendlichen auf eine Ausbildung vorzubereiten, ist nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Nach dem Berufsbildungsbericht 2008 (S. 98) haben von den Abgängern des Berufsvorbereitungsjahres lediglich 55 Prozent eine Abschlussprüfung bestanden, bei denen eines Berufsgrundbildungsjahres sind es 66 Prozent, erst bei den Berufsfachschulen erreicht die Quote fast 80 Prozent.

Noch schlimmer ist der geringe Erfolg am Ausbildungsmarkt: Sogar 15 Monate nach dem Abgang aus dem Übergangssystem schafft gerade einmal etwas mehr als die Hälfte den Sprung in die Berufsausbildung (nur ein Drittel nimmt eine dualen Berufsausbildung auf, ein Sechstel wählt andere

Ausbildungsformen), jeder Zwanzigste kehrt zurück in allgemein bildenden Schulen, die Fachoberschule oder das berufliches Gymnasium. Nach dieser Zeit bleibt jeder Fünfte noch immer im Übergangssystem, jobbt oder ist arbeitslos, für das restliche Viertel fehlen Angaben zum Verbleib.²

Gerechtfertigt wird das Übergangssystem häufig damit, dass es vor Jugendarbeitslosigkeit bewahre, den Bildungsstand festige und ihn um berufliche Inhalte anreichere. Das allein ist zu wenig! Die jungen Leute verlieren wertvolle Zeit. Das Übergangssystem sollte zugunsten anderer Formen und Profile aufgegeben werden. Sie müßten auch über das Nachholen des Sekundar-I-Abschlusses hinausweisen.

2.2 Die duale Berufsausbildung entspricht weder den selbstgesetzten Normen noch den internationalen Standards

Selbstgesetzte Normen werden verletzt

Als Norm galt traditionell, dass Jugendlichen nach Ende der Hauptschulzeit auf Wunsch eine duale Berufsausbildung beginnen, problemlos übergehen und sich zwischen Berufen entscheiden könnten. Sie würden eine tarifvertraglich fixierte Vergütung erhalten und voll ins soziale Netz integriert seien. Seit den 70er Jahren herrscht zusätzlich ein Konsens darüber, dass ein Erwerbsbeginn als ungelernete Kraft indiskutabel ist. Die Auffassung, die Wirtschaft könne alle Interessenten aufnehmen, stammt aus der Zeit 1964 -1973, als jedes Jahr ein Viertel Million Lehrstellen unbesetzt blieben. Mit dem Konzept der Ausbildung für alle konnte sich Deutschland einige Zeit als vorbildlich bei der Quote der Absolventen der Sekundarstufe II darstellen.

In deutscher Sicht wird noch immer das duale System als ein Musterbeispiel des effizienten, reibungslosen Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt angesehen, teils gar als Exportschlager gewürdigt. Gerade für das Gros der praktisch begabten Jungen und Mädchen, so wurde jahrzehntelang argumentiert, sei es der adäquate Weg; theoretisch abstrakte Bildung frustrierte und überfordere sie.

Der Ansicht, allen Jugendlichen nach Schulabschluss einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, haben die Sozialpartner, die nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) das Dualsystem steuern, bis heute nicht widersprochen.

Doch die Lehrstellenknappheit belegt, dass sich die Betriebe nicht mehr im herkömmlichen Umfang bei der dualen Berufsausbildung engagieren. Mit einer halben Million Eintritten ins Übergangssystem ist das Dualsystem meilenweit von der überkommenen Norm entfernt, alle auszubilden. Die Norm, allen Schulentlassenen eine Lehrstelle anzubieten, ist entfallen. Kritische Stimmen stehen in Verdacht, am Bestand des deutschen Dualsystems rütteln zu wollen.

Die Lehrstellenknappheit nahm die Wirtschaft darüber hinaus zum Anlass, die Leistungsfähigkeit der Schulabgänger/-innen zu kritisieren und diesen das Scheitern am Ausbildungsmarkt anzulasten.

Auf das geringere Lehrstellenangebot und die veränderten Anforderungen der dualen Berufsausbildung haben Haupt- wie Realschule intensiv reagiert. Sie bereiten nachhaltig auf die Berufs- und Arbeitswelt vor: In der Hauptschule steht das Fach Arbeitslehre im Mittelpunkt. Ein Betriebspraktikum gehört längst zum Standard, meist werden mehrere absolviert. Vielfach werden Bewerbungsgespräche trainiert; ehrenamtliche Helfer bieten auch Coaching an. Aber diese Anstrengungen reichen nicht aus, damit der Norm entsprechend alle Jugendliche direkt nach der Schule einen Ausbildungsplatz finden.

Die Freiheit der Berufswahl findet nach soziologischer Deutung durch die Wahl zwischen Berufszuschnitten der Ausbildungsgänge im marktgerechten Zuschnitt statt.³ Am Markt der

² Autorengruppe Bildungsberichterstattung..., S. 167

Ausbildungsstellen komme es zu einem Abgleich zwischen Stellensuchenden, die sich für ein spezifisches Berufsprofil entschieden haben, und Ausbildungsprofilen, die Unternehmen in diesem Zuschnitt anbieten. „Ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Ausbildungsplätzen [zu] gewährleisten“, ist das Ziel der Berufsbildungsplanung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG § 84).

Die jährliche Berufsbildungsbilanz beschränkt sich – unter Vernachlässigung der Altbewerber – seit Jahren darauf festzustellen, dass der Markt fast ausgeglichen sei. Die Bilanz von Oktober 2008, die mit einem Überschuss von 5.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen abschloss, unterstellt, alle Jugendliche, die Ende September noch ohne Ausbildungsstelle seien, können mit einer der in einem x-beliebigen Beruf vakanten Stelle versorgt werden. Ob unter den vorhandenen Plätzen aber einer in der Region wäre, der den individuellen Vorstellungen, Interessen und auch Fähigkeiten entsprechen würde, darüber schweigen die Berichte. Die Norm der freien Berufswahl, die in Art. 12 GG verbürgt ist, tritt aus dieser Perspektive in den Hintergrund.

Zudem sind die Ausbildungsberufe im Zuge der Neugestaltung anspruchsvoller geworden. Die IT-Technologie hat Maßstäbe gesetzt, nach denen manuelle Geschicklichkeit und praktische Begabung für sich genommen nicht mehr hinreichen, um als Fachkraft in der Fertigung, Montage, Maschinenführung und Wartung bestehen zu können.

Aus dem selbstverständlichen Weg der Jugendlichen nach dem Ende der Sekundarstufe I in die duale Berufsausbildung ist ein Hindernislauf mit schwierigen Einstiegshürden und beschränkten Wahlmöglichkeiten geworden.

Internationale Standards werden nicht eingehalten

Die duale Berufsausbildung stellt eine Anomalie im deutschen und internationalen Bildungsrecht dar. Sie bietet keinen im Bildungssystem verankerten Abschluss, der internationalen Standards entspräche und etwa zum Hochschulstudium berechtigte. Sie verbessert schulrechtlich nicht das Abschlussniveau, das auf dem Stand vor Ausbildungsbeginn verharrt. Selbst im Laufbahnrecht des öffentlichen Dienstes ist der Berufsschulabschluss nicht als weiterführend anerkannt.

Die sozialliberale Koalition hatte im Entwurf zum Berufsbildungsgesetz 1975 vorgesehen, die Bildungsreform im beruflichen Sektor fortzuführen: „Der Berufsausbildungsabschluss ist ein Abschluss der Oberstufe des Bildungswesens“ (§ 30). Das Gesetz scheiterte damals am Widerstand der Wirtschaft und der auf die uneingeschränkte Wahrung der Kulturhoheit bedachten Länder. Fortan beschränkte sich der Bund auf seinen Kompetenzbereich.⁴

Zwar ist das duale Vorgehen, der regelmäßige Wechsel zwischen praxisbezogenem Lernen im Betrieb und systematischer Unterweisung in Zentren und Schulen aus Sicht der EU das zukunftsweisende Modell der Berufsbildung auf allen Ebenen.⁵ Allerdings geht die EU davon aus, jedwede Berufsausbildung sei voll ins gestufte Bildungssystem integriert und eine staatliche oder staatlich anerkannte Prüfung erschließe den Zugang zu höheren Stufen allgemeiner und beruflicher Bildung. Nach den Intentionen des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) soll das Ausbildungsniveau zusammen mit der Anerkennung des informell im Beruf Gelernten den Aufstieg auf höhere Qualifikationsebenen erschließen.⁶

Das duale System in Deutschland wird derartigen Standards nicht gerecht. Weder wird ein Stufenabschluss im Bildungswesen bescheinigt, noch ist im Sinne des EQR die Einstufung auf einem

3 Vgl. u.a. Hesse, H.A.: Berufe im Wandel, Stuttgart 1972, S. 89ff. oder Beck, Ulrich / Brater, Michael / Daheim, Hansjürgen: Soziologie der Arbeit und der Berufe. Grundlagen, Problemfelder, Forschungsergebnisse. Reinbek bei Hamburg 1980, S. 35ff.

4 Vgl. Rothe, Georg: Berufliche Bildung in Deutschland, Karlsruhe (www.uvka) 2008, S. 16ff.

5 Vgl. dazu Rothe, Georg: Alternanz - die EU-Konzeption für die Berufsausbildung, Erfahrungslernen Hand in Hand mit Abschnitten systematischer Ausbildung, dargestellt unter Einbeziehung von Ergebnissen aus Ländervergleichen, Karlsruhe (www.uvka.de.) 2004, S. 2ff.

6 Vgl. Europäische Kommission: Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR), Luxemburg 2008, 15 Seiten.

der acht Qualifikationsniveaus zugesichert. Die Ausbildung im Betrieb gilt nach Art. 74, Ziffer 11 und 12 GG als ein Gebiet des Arbeitsrechts. Die berufliche Handlungsfähigkeit zu vermitteln, obliegt allein dem Betrieb, ggf. wäre er bei Versäumnissen haftbar. Die Berufsschule gehört einer eigenen Rechtsphäre an. Ihr Lehrstoff ist nur insoweit Prüfungsgegenstand, als er die berufliche Ausbildung betrifft. Anders die Nachbarländer, die ihr Dualsystem fest ins nationale Bildungssystem eingebunden haben: Frankreich erteilt mit dem Ausbildungsabschluss fakultativ das Baccalauréat Professionnel (Berufsaabitur) mit uneingeschränktem Hochschulzugang, die Schweiz bietet in der Lehrzeit die Berufsmaturität als Direktzugang zur Fachhochschulen an, und in Österreich erhalten die Absolventen der Berufslehre über eine Berufsreifeprüfung den unbeschränkten Hochschulzugang.

2.3 Bund und Länder haben beim Ausbau des Schulberufssystems versagt

Die Ausbildungskrise besteht inzwischen seit den Rezessionsjahren 1974/76. Mit immer neuen Abstimmungsrunden mit den Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit hat der Bund seitdem versucht, alle Schulabgänger zu versorgen. Diese Versuche sind gescheitert. Immer mehr Jugendliche mussten mit dem Übergangssystem vorlieb nehmen. Die Länder sahen in dessen Ausbau eine Überbrückung auf Zeit. Ein Ausbau des Schulberufssystems, als Alternative zur Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen, lag ihnen fern. Die Kompetenzaufteilung zugunsten der Wirtschaft wurde nicht angetastet.

Mit einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern hätte stattdessen in Ergänzung zur dualen Berufsausbildung ein hinreichendes schulisches bzw. außerbetriebliches Ausbildungsangebot geschaffen werden können, das alle Jugendliche versorgt und ihnen Wahloptionen geboten hätte.

Dabei gibt es seit langem eine schulische Berufsausbildung. Bei ihr stehen drei Segmente nebeneinander, eine Einheit bilden sie nicht. Seit ihrer Entstehung führen diese ein Eigenleben:

- Die eine Lehre nach dem Berufsbildungsgesetz ersetzende Berufsfachschulen. Sie sind nur in den neuen Ländern ausgebaut, im Westen Deutschlands in nennenswertem Umfang lediglich in Baden-Württemberg und Bayern. Dort sind sie im 19. Jahrhundert im Zuge der Gewerbeförderung entstanden und haben bis heute in spezifischen Nischen überlebt.
- Berufsfachschulen nach Länderregelungen und Rahmenvereinbarungen der KMK. Sie bieten in über 120 Berufen auf mittlerer Ebene einen Berufsabschluss und haben ihren Ursprung ebenfalls im 19. Jahrhundert. Unter Federführung des Preußischen Ministeriums für Handel (MfH) sind sie als Fachschulen auf Initiative der Wirtschaft gegründet worden.
- Schulen des Gesundheitswesens. Sie führen vom mittleren Abschluss zu Fachberufen des Gesundheitsdienstes und sind im karitativen Raum der Orden und Diakonissenhäuser entstanden. Sie werden nach Bundesgesetzen geregelt, bilden inzwischen wegen des Ausbaus des Gesundheitswesens in 17 Berufen aus und bieten einen mittleren, teils auch einen gehobenen Abschluss an.

Die Fachschulen (Fachakademien in Bayern) bieten keine berufliche Erstausbildung für Abgänger aus der Sekundarstufe I an, vielmehr eine postsekundäre Aufstiegsfortbildung mit staatlicher Anerkennung als Techniker, Betriebswirt und Gestalter. Sie sind in großer Zahl in den Jahren 1955 - 1975 in der heutigen Form entstanden, zumal mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1968 dieser Weg finanziell großzügig gefördert worden ist.

Das Schulberufssystem ist zwar zwischen 1995 und 2006 ausgebaut worden, aber nicht in dem Umfang, der den Ausbau des Übergangssystems verhindert hätte. Dabei hätte der nötige Ausbau des Schulberufssystems zu einem beachtlichen Teil aus den Mitteln des Übergangssystems finanziert werden können, zu dessen Kosten Bund, Länder und Gemeinden beitragen.

Ein Schulberufssystem ist mit sozialpädagogischer Unterstützung fähig, auch schwächere Schüler/-innen– ohne vorangegangenes Übergangssystem - zu einem Berufsabschluss zu führen. Beim Berliner

Modell legen rund 80 % der Jugendlichen – fast ausschließlich solche ohne bzw. mit schwachem Hauptschulabschluss - erfolgreich eine Kammerprüfung ab.⁷

Insgesamt stiegen die Absolventenzahlen des Schulberufssystems in den 11 Jahren fast um die Hälfte, die des Dualsystems gingen um fünf Prozent zurück. Die zusätzlichen Kapazitäten wurden nicht bei den eine Lehre ersetzenden Berufsfachschulen geschaffen, deren Absolventenzahlen vielmehr seit Jahren stagnieren. Der mögliche Konflikt mit der Wirtschaft wurde nicht gewagt – abgesehen von den neuen Ländern, die fast drei Fünftel der Absolventen dieser Berufsfachschulen stellen.

2.4 Mit der jetzigen Abiturientenquote besteht Deutschland den globalen Wettbewerb nicht

Es ist grotesk: Deutschland hatte direkt vor der Finanz- und Wirtschaftskrise eine beträchtliche Arbeitslosigkeit und gleichzeitig einen erheblichen, ständig zunehmenden Akademikermangel. Er war gravierend in vielen Ingenieursparten, bei qualifizierten IT-Fachkräften, bei Ärzten, bei dem Lehr- und Hochschulpersonal. Das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem war nicht in der Lage, das Defizit zu beheben.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise steigt die Arbeitslosigkeit wieder deutlich an. Diese trifft aber vor allem geringer Qualifizierte. Zwar hat sich auch der Engpass bei den Ingenieuren verringert, dort gibt es auch im IV. Quartal 2008 die meisten offenen Stellen, an zweiter Stelle standen die sozialen Berufe.⁸ Geblieben ist auch der Mangel an Lehr- und Hochschullehrkräften. Ganz sicher ist zudem, dass der Akademikermangel nach Überwindung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise voraussichtlich verschärft – wieder auftritt.

Der entstandene Akademikermangel in Deutschland ist kein Zufall, er war vorauszusehen. Mit der Globalisierung stiegen die Qualifikationsanforderungen in den entwickelten Ländern stetig. Diese haben zumeist ihr Bildungswesen erheblich ausgebaut und die Abiturienten- und Studienquote deutlich angehoben. Deutschland ist bei der Abiturientenquote von den bildungspolitisch führenden Staaten, aber selbst vom OECD-Durchschnitt meilenweit entfernt. Die Abiturientenquote in Deutschland betrug im Jahre 2006 43,5 %, der OECD-Durchschnitt demgegenüber 61 %. Ein bildungspolitisch auch im Leistungsvergleich führender Staat wie Finnland hat eine Abiturientenquote von 90 % und eine Studienanfängerquote von 73 %.⁹

2.5 Zwischen den Bildungsgängen der Sekundarstufe II gibt es keine Durchlässigkeit

Die deutsche Sekundarstufe II trennte früher strikt zwischen der Hochschulpropädeutik, die in gymnasialer Bildung vermittelt wird, und der beruflichen Ausbildung für das Arbeitsleben. Eine neue allgemein bildende Oberstufe, die nach dem Abschluss der Sekundarstufe I zum Abitur führt, kam nicht zustande. Die Anpassung an den sozio-ökonomischen Wandel wurde den beruflichen Schulen aufgebürdet, diese mussten sich aber für die Vermittlung der Studienberechtigung weitgehend gymnasial orientieren. So entstanden die Fachoberschulen und die beruflichen Gymnasien, die beim Einstieg mindestens einen qualifizierten mittleren Abschluss voraussetzen. Teilnehmer mit Hauptschulbildung mussten einen sehr mühseligen und zeitaufwendigen Bildungsweg einschlagen.

Eine Grundregel des Aufbaus aller Bildungssysteme ist es, dass Schulformen aufeinander aufbauen und jeder Stufenabschluss den Anschluss - ohne oder mit geringem Zeitverzug - an die nächst höhere Ebene bietet. Dies gilt in Deutschland nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen. Doppel- und

⁷ H. Hartmann, SenBW, Neue Wege zur Förderung der Benachteiligten mit Qualifizierungsbausteinen in Berlin, 2006

⁸ IAB-Kurzbericht Nr. 11/2009, S. 3

⁹ Bildung auf einen Blick 2006, OECD, S. 51ff.

Dreifachbesuche der Sekundarstufe II sind quasi die Regel. Dies zeigt die Übersicht der Abgänger des Jahres 2008:

Übersicht 2: Abgänger aus der Sekundarstufe II nach Zielrichtung der besuchten Schule

Schulart nach Abschlussniveau	Abgänger 2008	
	abs.	%
Gymnasien (allgemeinbildend): Abitur / Fachhochschulreife	276.000	22
Fachgymnasien, Fachoberschulen: Abitur / Fachhochschulreife	112.000	9
Die Dualausbildung begleitende (Teilzeit-) Berufsschulen; Prüfungsteilnehmer der betrieblichen Berufsausbildung*	476000	37
Berufsqualifizierende Vollzeitschulen: Prüfungsteilnehmer **	119.000	9
Berufsfachschulen: mittlerer Abschluss mit Berufsgrundbildung	177.000	14
Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr	110.000	9
Abgänger aus der SEK II - Summe	1.270.000	100

* ohne Prüfungswiederholer und ohne externe Teilnehmer an Abschlussprüfungen ** ohne die Abgänger der Erziehungs-, Sozial-, Gesundheitsberufen, die den Fachschulen zugeordnet werden

Quelle: BMBF, Berlin/Bonn (Hg.): Berufsbildungsbericht 2008, S. 94 - 100 - eigene Berechnungen

Die 1,27 Mio. Abgänger des Jahres 2008 entsprechen fast 1 ½ Altersjahrgängen.

Noch überzogener ist der Zugang in die berufliche Bildung. Auf diese allein kommen nach der Autorengruppe Bildungsberichtserstattung im Jahr 2006 1,27 Mio. Zugänge, zusammen mit den Eintritten in die gymnasiale Oberstufe und in berufliche Gymnasien sind es fast zwei Altersjahrgänge, die Jahr für Jahr in Ausbildungs- und Schulformen der Sekundarstufe II überwechseln. Die Sekundarstufe II ist aufgebläht. Die Mehrfachbesuche führen zu einem hohen Abschlussalter. In keinem der Nachbarländer sind derart viele Absolventen der Sekundarstufe II bereits über 21 Jahre alt.

3. Die Sekundarstufe II ist sozial höchst selektiv

3.1 Die Sekundarstufe II liest sozial aus

Einen zügigen Übergang ins Hochschulstudium oder in eine Fachtätigkeit bietet in Deutschland weder das Bildungswesen noch das Dualsystem. Dessen Vorzug lag einst gerade darin, dass die im Ausbildungsverhältnis gezahlte Ausbildungsvergütung - im Verbund mit der Integration ins soziale Netz - die Eltern finanziell entlastete. Wenn nun die Berufsausbildung deutlich später begonnen wird, wenn ein wachsender Anteil des Altersjahrgangs die Sekundarstufe II mehrfach durchläuft, wenn der Erwerbseintritt sich immer weiter hinausschiebt, sind die sozialen Folgen gravierend. Die Verkürzung des Arbeitslebens um Jahre ist nur die eine Seite, die andere die verlängerte finanzielle Abhängigkeit der Jugend von den Eltern. Die finanzielle Bürde der überdehnten Bildungs- und Ausbildungszeiten mag man - bei geringerer Kinderzahl - in den mittleren und gehobenen sozialen Schichten verkraften können, in den unteren nicht.

Kinder aus diesen Kreisen und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind vielmehr auf den zügigen Durchgang durch das Schul- und Ausbildungssystem angewiesen. Aber, wie das BiBB nachweist, gelingt der Direkteinstieg ins Dualsystem auf Haupt- und Realschulniveau nur noch bei überdurchschnittlicher individueller Qualifikation und bei intensiver Unterstützung und Begleitung des Elternhauses bzw. soweit „besser qualifizierte Eltern ihren Kindern [...] unmittelbare Zugangswege in Ausbildungsstellen eröffnen [können]“.¹⁰ Die anderen scheitern gerade daran, dass das Übergangssystem keinen eigenständigen Abschluss bietet und selbst die Option auf eine duale Berufsausbildung oft nicht einlöst.

Der Zuschnitt der heutigen Sekundarstufe II führt somit zu einem Paradoxon derart, dass die, die ihrer sozialen Herkunft nach auf die zügige Integration in duale Berufsausbildung angewiesen sind,

¹⁰ Lt. Berufsbildungsbericht 2008, S. 64

oft die Sekundarstufe II mehrfach durchlaufen müssen. Wer zudem erst über eine Berufsausbildung zum Studium findet, bleibt bis weit ins Erwachsenenalter auf die finanzielle Unterstützung des Elternhauses oder auf öffentliche Förderung angewiesen.¹¹

3.2 Die Sekundarstufe II verteilt soziale Chancen

Keine andere Bildungsstufe verwehrt berufliche und soziale Chancen so stark wie die Sekundarstufe II. Denn wie oben schon dargelegt, wird das proklamierte Ziel des **Übergangssystems**, die Vorbereitung für eine anschließende Berufsausbildung, weitgehend verfehlt. Nur mit dem Erwerb der mittleren Reife über zweijährige Berufsfachschulen erhöhen sich die Ausbildungschancen. Ohne Berufsabschluss ist aber eine stabile soziale Integration erheblich bedroht.¹² Dann ist die Arbeitslosigkeit weit überproportional, und wenn eine Beschäftigung vorhanden ist, ist diese unsicher und das Entgelt gering.

Selbst der Abschluss der **dualen Berufsausbildung** sichert weder eine angemessene Tätigkeit noch öffnet er den direkten Zugang zur Hochschule. So sinkt die Quote der erfolgreichen Abschlüsse und des anschließenden Übergangs in eine Beschäftigung. 2005 wurden 22 % der Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst – mehr als doppelt so viele wie 1977. Zudem ist die Arbeitslosigkeit im direkten Anschluss an die Berufsausbildung stark angestiegen: mehr als jeder dritte ist betroffen.¹³

Grund für den Abstieg in gering qualifizierte Tätigkeiten trotz dualer Berufsausbildung ist, dass diese des Öfteren am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet. Nur 57 % der Absolventen wurden 2006 in den alten Ländern von den Ausbildungsbetrieben übernommen, in den neuen Ländern nur 44 Prozent, beiderseits oft bei befristeten Anstellungen.¹⁴ In Jobs der Angelernten und Ungelernten, mit denen sich Absolventen dann häufig begnügen (müssen), geht die berufliche Handlungsfähigkeit, die das Kammerzertifikat attestiert, rasch verloren.¹⁵ Damit gehen Teile der Bildungsinvestitionen des Einzelnen und der Wirtschaft verloren.

Nur für einige der übernommenen Absolventen aus der dualen Berufsausbildung bestehen Aufstiegswege in mittlere, teils auch gehobene Positionen, in höhere dagegen so gut wie nicht. Es sind die Fortbildungsprüfungen der Kammern mit dem Erwerb des Meistertitels oder dem des Fachwirts/der Fachwirtin sowie die zweijährige Fachschule zum/zur staatlich geprüften Techniker/-in, Betriebswirt/in, Gestalter/in. Die Möglichkeiten bestehen zudem nur nach mehrjähriger Berufserfahrung. Gegenüber dem Königsweg von Gymnasium und Universität sind diese Aufstiegswege wenig attraktiv und zeitlich gestreckt; in höhere Positionen führen sie nicht. Die Zahl der Absolventen hat in den Jahren 1992 – 2006 um mehr als ein Viertel abgenommen. Damit verliert selbst dieser eng begrenzte Mobilitätskorridor seine Funktion des Ausgleichs sozialer Chancen.¹⁶

Ein Hochschulzugang ohne Abitur ist bisher eine extreme Ausnahme: nur 0,6 % der Studienanfänger an Universitäten und 1,9 % an den Fachhochschulen haben kein Abitur. Damit steht Deutschland im Vergleich zu 22 anderen EU-Staaten an einem der hinteren Plätze.¹⁷ Künftig soll der Zugang - wieder-

11 die Barrieren auf dem Wege zu einem umfassenden Ausbau beruflicher Bildung schildert G. Rothe in seinem Buch: „Berufliche Bildung in Deutschland“ in Teil Ic „Nach 1969 nicht zustande gekommene Reform der beruflichen Bildung“, S. 16 -20 .

12 Dazu heißt es im IAB-Kurzbericht 10/2009, S. 4: „...eine vollqualifizierende berufliche Ausbildung ist weitgehend zur Mindestnorm in der heutigen Arbeitswelt geworden.“

13 Reinberg, A., Geringqualifizierte – Modernisierungsverlierer oder Bildungsreserve?, Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 12, 21.6.2003, S. 1655 sowie Bildung in Deutschland. Konsortium Bildungsberichterstattung, Bielefeld 2006, S. 181.

13 Konsortium ..., S. 98, S. 184 und 269

14 Berufsbildungsbericht 2008, S. 240f.

15 Vgl. dazu Berufsbildungsbericht 2007, SD. 209, wonach 15,7 % der betrieblich Ausgebildeten unterwertig beschäftigt sind, und die ausbildungsinadäquate Beschäftigung insbesondere in Berufsfeldern mit hohen Zahlen an Auszubildenden auftritt.

16 lt. Berufsbildungsbericht 2008, S. 253

17 HIS, Europäischer Studentenreport, unveröffentlicht, nach FR-online, 20.04.2009.

um erst nach zweijähriger Berufspraxis – wenigstens für besonders Qualifizierte durch Aufstiegsstipendien des Bundes ein Stück weit fachgebunden geöffnet werden.¹⁸

Die Sozialchancen des sehr heterogenen **Schulberufssystem** sind äußerst unterschiedlich. Die Abschlüsse einer Berufsfachschule, die eine Lehre ersetzt, führen nicht zu besseren Berufschancen als die duale Berufsausbildung. Die Berufsfachschulen für Assistenten und für Erzieher/-innen sowie die Schulen des Gesundheitswesens bieten dagegen eine Berufsausbildung auf mittlerem oder gehobenem Niveau an.¹⁹ Über Zusatzprogramme führen sie nach einer Rahmenvereinbarung der KMK fakultativ zur Fachhochschulreife. Diese Schulen sind nach dem Anhang III bzw. II zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG dem Qualifikationsniveau c - unterhalb der Bachelorstufe zugeordnet und damit den Abschlüssen des Tertiärbereichs B gleichgestellt worden..

Die besten Berufschancen eröffnet der **Gymnasialabschluss**. Ihm fast gleichgestellt ist für Jugendliche mit qualifizierter mittlerer Reife der Abschluss des Fachgymnasiums und der Fachoberschule. Von ihnen beginnt ein Teil eine Lehre in angesehenen Ausbildungsberufen, der größere Teil wählt das Studium.

Die Heterogenität der Sekundarstufe II ist also dafür verantwortlich, dass diese Stufe das Gros des Jahrgangs auf niedrigem und mittlerem Niveau festhält. Der vorausgegangene Abschluss der Sekundarstufe I ist ein Faktor. Der gewichtigere aber ist, welcher Bildungsweg oder Ausbildungsgang bei gleicher Vorbildung für die Jugendlichen bestimmt oder von ihnen gewählt wird. Die soziale Stellung der Eltern, ihr Bildungsstand und ihre berufliche Integration bestimmen die Nachhaltigkeit, mit der Jugendliche - außerhalb des gymnasialen Weges - berufliche Schulen und Berufsausbildung auf der Sekundarstufe II als Pfad zur Höherqualifizierung nutzen. Kinder unterer sozialer Schichten und aus Migrantenfamilien verwehrt das Übergangssystem Bildungs- und Ausbildungschancen, die den direkten Zugang zu mittleren oder gehobenen Berufen erschließen.

4. Die Sekundarstufe II verliert ihre Ausbildungsfunktion

4.1 Der Wandel des Dualsystems ist beträchtlich

Fünf Entwicklungslinien stehen für einen nachhaltigen Wandel der betrieblichen Berufsausbildung:

- Die duale Berufsausbildung wird postsekundär
- Die Wirtschaft liest nach der Vorbildung aus
- Die Wirtschaft zieht sich aus der pädagogischen Provinz zurück
- Das Dualsystem folgt dem wirtschaftlichen Wandel nur zögernd
- Das Berufswahlspektrum für Frauen und Männer verändert sich

Die duale Berufsausbildung wird postsekundär

Noch im Jahre 1975 lag das Durchschnittsalter der Eintritte ins Dualsystem bei 16,3 Jahren. Mit dem Erwerbseintritt der geburtenstarken Jahrgänge von 1958 - 1968 änderte sich dies. Das Eintrittsalter ins Dualsystem wuchs bis 1990 auf über 18 Jahre an, im vereinten Deutschland stieg es bis zum Jahre 2006 auf 19,3 Jahre an.²⁰

Immer weniger Jugendliche beginnen im Alter von bis zu 16 Jahren eine duale Ausbildung, im Jahre 2006 gerade noch 83.000, weitere 115.000 im Alter von 17 Jahren, 381.300 Anfänger/innen waren 18 Jahre alt oder älter. Der Trend, dass zwei Drittel der Anfänger/innen bereits Erwachsene sind, hat sich seit 1990 stetig verfestigt. Die Berufsausbildung im Betrieb wandert demnach zusehends aus der Sekundarstufe II ab und trägt längst postsekundäre Züge. Denn wer mit über 18 Jahren als

¹⁸ Im Juli 2008 gab die Bundesregierung die Einführung Aufstiegsstipendien bekannt. Zunächst sollen mit ihnen 1000 Absolventen einer Berufsausbildung studieren können. (DIE ZEIT Nr. 18 v. 23.04.2009, S. 65).

¹⁹ Manche Zertifikate neu geschaffener Assistentenberufe - u.a. die der Assistent(-innen) der Betriebswirtschaft oder des IT-Bereichs - von den Unternehmen im eigenen Land nicht voll anerkannt werden, weil die KMK-Regelung vom 01.01.1999 noch relativ neu ist und duale Ausbildungsplätze in kaufmännischen Berufen hochbegehrt sind
²⁰ BMBF, Berlin/Bonn (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2008, S. 139

Erwachsener eine Ausbildung beginnt, der hat in aller Regel bereits eine Schulform der Sekundarstufe II durchlaufen, sei es eine Berufsvorbereitung oder Berufsgrundbildung, sei es eine Berufsfachschule mit nachträglichem Realschulabschluss oder eine hochschulpropädeutische Oberstufe am Gymnasium, beruflichem Gymnasium oder Fachoberschule.

Die Öffentlichkeit nimmt den Wandel zur postsekundären Ausbildung noch kaum wahr. Konsequenzen, die daraus für den Übergang aus Haupt- und Realschulen in den Beruf zu ziehen wären, werden nicht diskutiert. Trotz der 385.000 Altbewerber/innen für das Jahr 2006/07 ist für den Berufsbildungsbericht 2008 das Übergangssystem ein Randproblem.²¹

Die Wirtschaft stellt nach der Vorbildung ein

Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung belegt mit der 2008 vorgelegten Analyse, wie drastisch sich das Vorbildungsniveau beim Einstieg ins Dualsystem verändert hat. Danach sind „nach dem Kriterium der dominierenden schulischen Vorbildung der Ausbildungsanfänger (in) wenigstens drei bzw. vier große Berufssegmente“ zu unterscheiden.²²

- das obere Segment der Abiturientenberufe kaufmännisch-verwaltender Art in der Industrie und der Finanzwirtschaft. Im heutigen Zuschnitt sind die Berufe in den letzten zehn Jahren entstanden. Der Frauenanteil liegt - abgesehen vom Fachinformatiker - weit über 50 Prozent;
- das Segment der oberen Mitte, in dem Absolventen mit Mittlerem Abschluss und Hochschulberechtigte dominieren, umfasst wiederum meist kaufmännische und Büroberufe im Bereich der Industrie- und Handelskammern, dazu noch die Industrieelektroniker, Mechatroniker und Chemielaboranten/Chemikanten, aber keine Handwerksberufe;
- das dritte Segment der unteren Mitte, in dem der Mittlere Abschluss die häufigste Einstiegsqualifikation ist und an zweiter Stelle der Hauptschulabschluss steht. Der Anteil an Studienberechtigten sinkt hier auf unter zehn Prozent. Im Vordergrund stehen technische und gewerbliche Berufe der Industrie und des Handwerks;
- das untere Segment der Berufsgruppen, in denen der Hauptschulabschluss das häufigste Zugangszertifikat ist. Ein Drittel bis zu einem Viertel der Einsteiger hat den Mittleren Abschluss erworben, Studienberechtigte finden sich nur noch ausnahmsweise. Zu diesem ‚Hauptschulabschluss-Segment‘ rechnen die klassischen Handwerksberufe des Bau- und Ausbaugewerbes und des Ernährungshandwerks. Es sind die Berufe, in denen zumeist junge Männer die Ausbildung beginnen.

Früher galt eine klassische Dreiteilung, wonach der Hauptschule (Volksschule) die Lehrzeit, dem Mittleren Abschluss eine Ausbildung auf der mittleren Ebene darüber, dem Abitur das Universitätsstudium folgte. Diese Stufung ist mit dem Strukturwandel im Dualsystem längst überholt. Der breite Übergang von der Hauptschule in grundsätzlich alle Ausbildungsberufe, wie er noch immer behauptet wird, ist Vergangenheit und damit die Zeiten, in denen die Abgänger aus den Hauptschulen den Ausbildungsstellenmarkt beherrschten. Jetzt erschließt die Hauptschule nur noch einen schmalen Korridor an Berufen. Selbst im unteren Segment der klassischen Handwerke konkurrieren sie inzwischen mit Realschulabsolventen. Die Ausrichtung der Ausbildungsordnungen und der Rahmenlehrpläne, die - wie immer wieder betont wird - am Hauptschulniveau orientiert sei, ist damit still und leise ad acta gelegt worden. Um als Hauptschule die Funktion als Zubringer zu grundsätzlich allen Ausbildungsberufen aufrecht zu erhalten, müsste sie ihre Schüler/-innen nicht nur zu einem mittleren Anschluss, sondern bis zur Hochschulreife führen. Damit büßt das dreigliedrige allgemein bildende Schulwesen auch seine frühere Funktion ein, auf die klassischen sozialen Schichten vorzubereiten.

Die Wirtschaft entzieht sich der Bildungsaufgabe

Mit der Neuordnung und Modernisierung von Ausbildungsberufen sind die Anforderungen deutlich angehoben worden, besonders bei den neuen Berufen: „In den seit 1996 neu geschaffenen

²¹ Berufsbildungsbericht 2008, S. 82.

²² Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld 2008, Seite 109ff.

Ausbildungsberufen sind Auszubildende mit Studienberechtigung deutlich überproportional und solche mit Hauptschulabschluss stark unterproportional vertreten," heißt es schlichtweg im Berufsbildungsbericht 2008 (S. 137). Konsequenzen daraus zu ziehen, steht aber aus.

Ob gewollt oder ungewollt, die neu gestalteten Ausbildungsordnungen entsprechen der vermeintlichen Norm dualer Ausbildung nicht mehr. Wenn die Betriebe ihren Nachwuchs zu zwei Dritteln als Erwachsene einstellen und der Direktzugang aus den Haupt- und Realschulen in die Randposition geraten ist, dann hat sich die Wirtschaft auch von der Bildungsaufgabe (Menschenbildung durch Berufsbildung) verabschiedet. Die Wirtschaft hatte den Anspruch, in der Arbeitswelt selbst praktisch orientierten jungen Leuten eine eigene, ihren Interessen und Fähigkeiten gemäße Lernumwelt zu bieten. Der Anspruch wurde aufgegeben. Wo einst Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger vom Handwerk als der Schule der Nation gesprochen hat, wird heute schon „Berufsreife“ und „Employability“ vorausgesetzt. Sie sind Kriterien für erfolgreiche Bewerbung. Schule, Eltern und Schüler/innen sind beim Übergang von der Kindheit zum Erwachsenen mit dem Anspruch konfrontiert, den gegebenen Anforderungen der modernen Arbeitswelt zu genügen. Einen Schonraum, als Ausweis der berufspädagogischen Provinz, kennt das Ausbildungswesen nicht mehr. Wer die geforderte Reife für die Integration ins Arbeitsgeschehen bis zum 16. Lebensjahr nicht entwickelt hat, dem bleibt nur das Übergangssystem. Nur dessen pädagogisches Konzept genügt, wie zuvor gezeigt, nicht für die Herausforderung, die Ausbildungsreife in den von den Betrieben geforderten Komponenten zu vermitteln und sie in einem eigenen Abschlusszertifikat nachzuweisen.

Das Dualsystem folgt dem wirtschaftlichen Wandel nur zögernd

Durch den wirtschaftlichen Wandel bedingt, finden inzwischen fast drei Viertel aller Beschäftigten im tertiären Sektor ihr Auskommen. Das Dualsystem kann den Trend nicht mehr ignorieren, es folgt ihm, wenn auch eher zögerlich.

Nur noch 28 % arbeiteten 2006 im Produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft, ausgebildet wurden in diesem Bereich 39 %. Im tertiären Bereich lag die Beschäftigung bei 72 %, die Lehrabschlüsse nur bei 61 %.²³

Die Dominanz der Beschäftigung im Tertiären Sektor spiegelt die Geschlechterproportion der Absolventen nur auf der weiblichen Seite wider, fast 90 % der ausgebildeten jungen Frauen haben ihre Qualifikation in einem Dienstleistungsberuf erworben, bei den jungen Männern sind es gerade 40 %. Sechs von zehn jungen Männern absolvierten die Lehre in einem Facharbeiterberuf der Industrie, des Handwerks oder auch im Agrarbereich. Diese Felder stehen bei ihnen noch immer im Mittelpunkt der Berufsinteressen. Und die Betriebe tun das ihre dazu, um bei der Nachwuchsrekrutierung die Geschlechterrelationen zu festigen.

Das Berufswahlspektrum für Frauen und Männer verändert sich

Mit der Expansion der Tertiären Sektors hat sich das Berufswahlspektrum der jungen Frauen erweitert, das der jungen Männer eher verengt. Das Angebot an Ausbildungs- wie Beschäftigungsmöglichkeiten im Facharbeitersegment ist mit der Globalisierung geschrumpft. In weiten Bereichen - etwa im Leder-, Textil-, Bekleidungs-gewerbe, Druck und Papier - ist das Absolventenaufkommen marginalisiert. Wie die Wirtschaftskrise zeigt, ist die Umschichtung nicht gestoppt. Industriearbeitsplätze werden weiter schrumpfen oder in Drittländer abwandern. Was verbleibt sind hochqualifizierte Ausbildungsgänge im mechatronischen Bereich, nicht die im Hauptschulabschluss-Segment.

4.2 Das Schulberufssystem steht vor strukturellen Veränderungen

Der Zugang wird postsekundär

Auch das Schulberufssystem erwartet höherwertige Schulabschlüsse als Eingangsbedingung. Es stellt mit 29 Prozent vor allem Abiturientinnen/Abiturienten ein, gefolgt von Schulabgängern mit Mittlerem Abschluss mit rund 25 Prozent. Wie im Dualsystem werden im Schulberufssystem bis zu zwei Drittel der Anfängerinnen/Anfänger postsekundär ausgebildet.

²³ StBA, Berlin/Wiesbaden (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2008, S. 140.

Fast drei Viertel aller Absolventen des Schulberufssystems kommen aus den Erziehungs- und Sozialberufen, die in Länderhoheit geregelt sind, sowie aus den Gesundheitsberufen, die der Bund nach Art. 74, Ziffer 19 GG reglementiert, größtenteils handelt es sich um junge Frauen.

Die Regularien des Zugangs verstärken den postsekundären Charakter insbesondere dadurch, dass - nach Ländern unterschiedlich - vielfach berufliche Erfahrung für die Aufnahme der Ausbildung vorausgesetzt wird, wie es an den bayerischen Fachakademien des Erziehungswesens der Fall ist. Dadurch ist die Ausbildungsdauer weit überdehnt.

So entstehen soziale Barrieren; denn die BAföG-Förderung vermag die finanziellen Nachteile der überdehnten Gesamtbildungszeit von mindestens 15 Jahren nicht auszugleichen. Eine Aktualisierung der Ausbildungsformen und -dauer stünde also längst an.

Die Ausbildung für die Elementarerziehung wird tertiär

Die Ausbildung für den Elementarbereich in Deutschland auf das Hochschulniveau zu anzuheben, fordert seit Jahren die OECD, das Deutsche Jugend Institut, der Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft u.a.m. Zumindest Leitungsfunktionen der Kitas, Horte etc., so meint auch die KMK, sollten künftig mit Bachelor-Absolventen besetzt werden. Hamburg hat 2008 beschlossen, den Anteil der Erzieherinnen und Erzieher mit Hochschulabschluss zu erhöhen.

Nach einer Studie des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle scheint ein grundlegender Wandel auch in Gang zu kommen. Im August 2008 hat das Institut an 51 deutschen Hochschulen (inkl. zwei Berufsakademien) bereits 65 Studienangebote der Elementar- und Frühpädagogik erfasst.

Zu klären ist aber, was der Ausbau tertiärer Studiengänge der Elementarerziehung für die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in der bisherigen Form an den Berufsfach-, Fachschulen und Fachakademien bedeutet. Allein die Wege kommentarlos nebeneinander zu stellen, wie in Beruf aktuell 2009 geschehen, genügt nicht mehr. Wer die vorschulische Bildung verbessern und aufwerten will, der wird Schlüssel zur Stellenbesetzung sowie zur Verknüpfung der beiden Ausbildungswege vorgeben müssen.²⁴

Die Gesundheitsberufe werden akademisiert

Bei Gesundheitsberufen ist die weitergehende Akademisierung schon ein Stück weit fortgeschritten. Seit einer Reihe von Jahren sind in Deutschland Studiengänge für „Pfleger- und Gesundheitswissenschaften, Management im Gesundheitswesen, Pflegepädagogik“ etabliert. Noch gelten sie überwiegend als Wege des beruflichen Aufstiegs für Pflegekräfte, die eine Studienberechtigung erworben haben.²⁵ Pflegewissenschaftler sollen danach in der Pflegedienstleitung beschäftigt werden, in der Unternehmensführung von Kliniken etc. Managementaufgaben übernehmen und an den Schulen des Gesundheitsdienstes als Lehrkräfte agieren. Wiederum ist für Deutschland zu klären, ob und in welcher Weise die weit über hundert Regelungen zur Weiterbildung des Fachpersonals im Gesundheitswesen für die eben genannten Felder Bestand haben sollen.²⁶ Pflegepersonal, das schon jahrelang im Beruf steht, den beruflichen Aufstieg abzuschneiden und Akademiker/innen einzusetzen, ist keine Lösung.

Neujustierung als bildungspolitische Herausforderung

Schon einmal, als in den Jahren nach 1970 die Fachhochschulen entstanden, ist ein Teil des Schulberufssystems in den Tertiärbereich des Bildungswesens überführt worden. Das ist erneut die Aufgabe. Dabei stellt sich zum einen die Frage, wie weit die bislang auf der mittleren Ebene in Vollzeitschulen ausgebildeten Fachkräfte durch Höherqualifizierte ersetzt werden sollen, zum anderen die Frage, auf welchen Wegen und mit welchem Zeithorizont die bereits im Beruf Stehenden ihre Qualifikation auf das akademische Niveau aufstocken können. Zwar sichert ihnen die EU-

24 Nach M. Schilling, Situation und Entwicklung der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen, Personalbedarf aufgrund des Ausbaus, Eine Materialsammlung, 2009, S. 25 müßten bis 2014 47.000 zusätzliche Erzieher/-innen eingestellt werden

25 Die Länder der Bundesrepublik Deutschland /Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Studien- und Berufswahl 2008/2009, Nürnberg 2008, S. 250ff.

26 Vgl. BiBB, Bonn (Hg.): Die anerkannten Ausbildungsberufe, Bielefeld 2004, Kap. 2B, S. 233ff.

Richtlinie 2005/36/EG die Gleichstellung ihrer Zertifikate am europäischen Arbeitsmarkt zu, ihre berufliche Stellung im Inland und ihre Berufsperspektiven sind damit aber keinesfalls geklärt.

4. Die Sekundarstufe II ist umfassend zu reformieren

Die Sekundarstufe II ist in ihrem gegenwärtigen Zustand der - wie schon gezeigt – nicht mehr zu verantworten. Sie ist nur teilweise durchlässig, ihre heterogenen Formen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung gelten nicht als Bildungsstufen, auf dem Wege zum Studium oder zum Beruf wird sie häufig doppelt oder dreifach durchlaufen. Das ist nicht allein ineffizient, sondern Jugendliche verlieren unnötigerweise auch Lebensjahre. Die Sekundarstufe II selektiert sozial und ethnisch und bestimmt berufliche und soziale Chancen. Die Berufsausbildung ist nur begrenzt durchlässig. Die gegenwärtige Sekundarstufe II entspricht auch nicht internationalen Normen.

Prinzipien einer Reform der Sekundarstufe II müssten sein,

- allen Jugendlichen einen Abschluss zu bieten, der ihnen sowohl eine berufliche als auch eine tertiäre Weiterbildung ermöglicht,
- Umwege und Warteschleifen zu vermeiden,
- die soziale und ethnische Selektion abzubauen,
- den langfristigen Bedarf der Wirtschaft nach Fachkräften zu befriedigen und
- die bildungspolitisch führenden Staaten einzuholen.

5.1. Rahmenvorgaben für eine neugestaltete Sekundarstufe II

Das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen wird in Zukunft weiter zurückgehen; trotz stetiger Neuauflagen von Ausbildungspakten. Der Ausbildungsmarkt wird trotz abnehmender Jahrgangsstärken angespannt bleiben. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise verschärft die Lage erneut. Der postsekundäre Charakter der dualen Berufsausbildung wird noch stärker hervortreten. Zusätzlich wird der Kernbereich der schulischen Berufsausbildung sukzessiv in den Tertiärbereich abwandern.

Im Mittelpunkt der Sekundarstufe II sollte daher die Propädeutik der Berufsausbildung und des Studiums stehen. Die Neuausrichtung soll allen Jugendlichen die Chance bieten, ihre Fähigkeiten so umfassend zu entwickeln, dass sie mit jedem Abschlussprofil der Sekundarstufe II die Wahl haben, eine duale oder vollschulische Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen.

Zwar werden Teile der dualen und schulischen Berufsausbildung noch längere Zeit in der Sekundarstufe II bestehen bleiben. Sie werden von Jugendlichen absolviert, die sich direkt nach der Sekundarstufe I für die berufliche Ausbildung entscheiden und dort zum Zuge kommen.

Eine berufsorientierte Sekundarstufe II könnte auf Dauer etabliert werden, sofern es gelingt, in ihr doppelt qualifizierende Ausbildungsgänge anzubieten, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen und zugleich - ohne Zeitverzug - den Zugang zum Tertiärbereich erschließen. Dazu sollte die duale und schulische Berufsausbildung um neue Angebote erweitert werden.

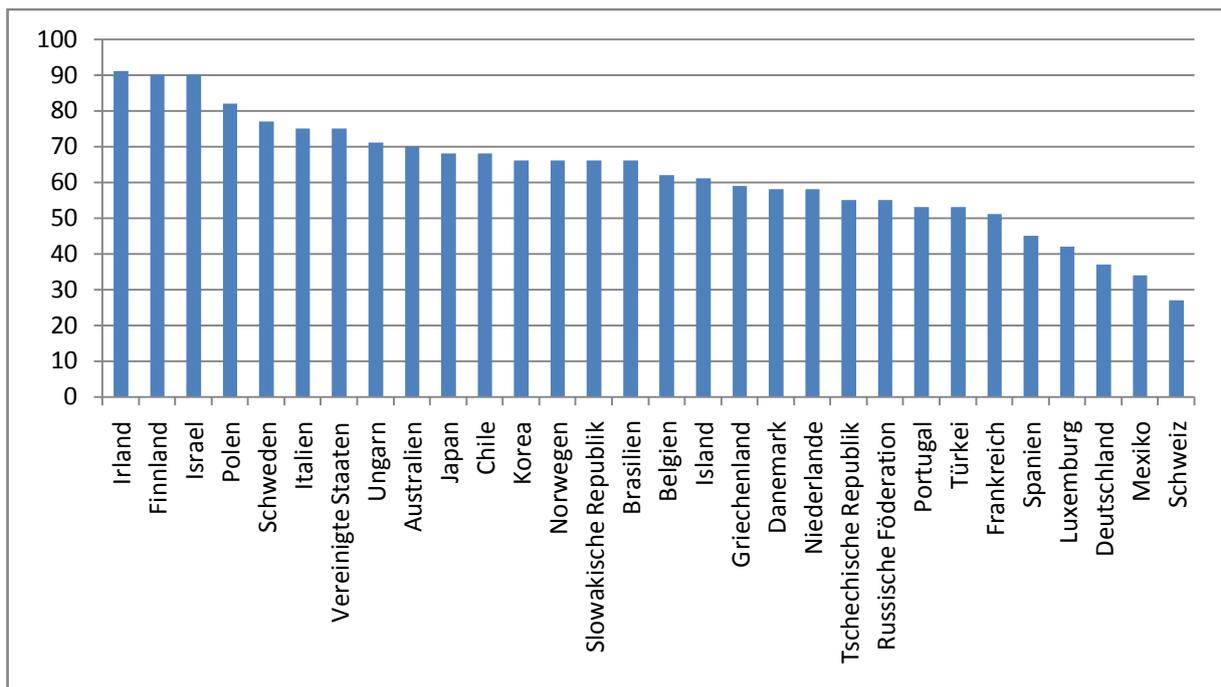
Immer mehr ins Zentrum der neu gestalteten Sekundarstufe II würde jedoch eine berufs- und hochschulpropädeutische Oberstufe für alle rücken. Sie hätte das Ziel, allen - ohne zeitaufwendige Umwege - das Abitur anzubieten.

Ein solches Konzept für die Sekundarstufe II - im Verbund mit der Öffnung der Hochschule für alle Studienberechtigungen – würde ergeben:

- die Knappheit an Ausbildungsstellen würde reduziert,
- die soziale und ethnische Auslese beim Zugang in die Sekundarstufe II verringert,
- die Zuteilung beruflicher und sozialer Chancen beim Übergang in gymnasiale Schulzweige aufgehoben und stattdessen an deren Ende verlegt. Dann erst müssten alle Absolventen individuell, zwischen einer Berufsausbildung oder einem Studium entscheiden.
- Die beruflichen und sozialen Chancen würden steigen,
- ein Studium auch nach einer beruflichen Ausbildung möglich sein und
- der Bedarf der Wirtschaft nach Fachkräften und Hochqualifizierten gedeckt werden.
- Deutschland würde den Anschluss an bildungspolitisch führende Staaten finden.

Die hochschul- und ausbildungspropädeutische Oberstufe für alle sollte, um die Schüler/-innen und die Eltern genügend zu motivieren, auch mit berufsfeldbezogenen Profilen angeboten werden. Um die Hochschulreife grundsätzlich als Abschlussziel in der Sekundarstufe I zu verankern, sollten grundsätzlich alle Schulen der Sekundarstufe I entweder eine eigene hochschulpropädeutische Oberstufe erhalten oder mit anderen hochschulpropädeutischen Oberstufen vertraglich fest kooperieren. Dazu zählt auch die Zusammenarbeit mit Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien. Das Konzept einer hochschulpropädeutischen Oberstufe für alle ist keine Utopie, sie ist in bildungspolitisch führenden Staaten mit einer Abiturientenquote von 90 % bereits Wirklichkeit.

Schaubild 2: Anteil der Absolventen des Sekundarbereichs II mit Zugang zum Tertiärbereich an der Gesamtpopulation im typischen Abschlussalter



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2006, S. 54 und eigene Darstellung

Auch in Deutschland werden die Wege zur Hochschule zahlreicher, wenngleich jenseits des Gymnasiums zeitaufwendiger. Die Hochschulpropädeutik ist nicht mehr auf die Oberstufe am Gymnasium beschränkt. Im allgemein bildenden Bereich gibt es u.a. die Oberstufe der Gesamtschulen, die Aufbaugymnasien und die Berufskollegs (in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen). Im berufsbildenden Bereich wurden in den letzten Jahren verstärkt die Fachoberschulen und die Fachgymnasien ausgebaut. Aus diesen kommt rund ein Drittel aller Hochschulberechtigten. Darüber hinaus errichten oder planen jetzt fünf Bundesländer die gleichberechtigte Zweigliedrigkeit, wobei die neben dem Gymnasium entstehenden Gemeinschaftsschulen grundsätzlich eine eigene gymnasiale Oberstufe erhalten sollen. Damit entsteht ein immer breiteres Angebot an hochschulpropädeutischen Oberstufen auch in Deutschland.

5.2 Neuausrichtung der dualen und schulischen Berufsausbildung

Eine Neujustierung der Sekundarstufe II mit den zuvor skizzierten Schritten tangiert die duale und die schulische Berufsausbildung unmittelbar. Auch sie sollte sich strukturell verändern:

- Abgänger aus der Sekundarstufe I, die eine Berufsausbildung finden, sollten mit dem Berufsabschluss die Studienberechtigung erhalten. Mittelfristig kann der Hochschulzugang an die Belegung ergänzender Kurse geknüpft werden. Modelle für die Ergänzung der Berufsschulcurricula bieten u.a. Frankreich mit dem BAC PRO (Baccalaureat Professionel) und die Schweiz mit der

Berufsmatura, wobei die Studienberechtigung während der Ausbildungszeit über Zusatzprogramme erworben wird. In Berufskollegs /Berufsfachschulen, die in Deutschland naturwissenschaftlich-technische Assistenten/Assistentinnen ausbilden, wird seit Jahrzehnten durch Zusatzprogramme die Option angeboten, die Fachhochschulreife zu erwerben. Jüngste Überlegungen - u.a. der Maler- und Lackiererinnung in Bayern — gehen ebenso in diese Richtung.²⁷

- Im postsekundären Segment einer dualen und vollschulischen Ausbildung (IS-CED Stufe 4) sollten den Studienberechtigten Ausbildungsformen angeboten werden, die über die bloße Doppelung des Sekundar-II-Abschlusses (Abitur + Lehre, Abitur + Erzieherexamen etc.) hinausgehen. Ein Modell dafür hat Baden-Württemberg um 1970 mit seinen Berufsakademien entwickelt. Sie werden inzwischen in der Mehrzahl der Länder, wenn auch in unterschiedlicher Form, angeboten. Die flächendeckende Einführung als regulärer Teil des deutschen Dualsystems böte eine Möglichkeit, tertiäre Bildung auf der Hochschulebene 5B zu etablieren. Das anspruchsvollere Modell stellen die dualen Studiengänge dar, die den Erwerb eines BBiG-Abschlusses mit dem Studium an Fachhochschulen kombinieren.

Für Jugendliche mit Startschwierigkeiten in den Beruf, die — wie oben skizziert — bereits in der Sekundarstufe I gezielt zu fördern sind, wird in einer Kombination von schulischer Ausbildung und praktischer Erprobung in Betrieben ein Berufsabschluss anzubieten sein. Das Modell ist eine die Lehre ersetzende Berufsfachschule. Sie ist inzwischen in allen neuen Ländern ausgebaut, ansonsten aber nur noch in Baden- Württemberg und Bayern noch quantitativ relevant. Dass das Ziel eines Berufsabschlusses auf dem Wege intensiver Förderung erreichbar ist, belegt das Berliner Modell. Es hat Jugendliche ohne oder mit schwachem Hauptschulabschluss zu 80 Prozent zu einem anerkannten Kammer- oder staatlichen Abschluss geführt. Das Modell wurde unter sozialpädagogischer Betreuung zusammen mit einem überbetrieblichen Kooperationspartner für 1.200 Schüler/-innen aufgelegt.²⁸

5.3 Notwendige Anpassungsschritte in der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I darf nicht länger Jugendliche nach absolvierter Pflichtschulzeit ins bildungspolitische Nirwana entlassen und sie auf die Hilfen der Bundesagentur für Arbeit verweisen. Der bisherige Hauptschulabschluss, als Zertifikat der absolvierten Pflichtschulzeit, sollte zugunsten eines mittleren Abschlusses entfallen, der das Recht zum Besuch aller Bildungsangebote der Sekundarstufe II einschließt.

Das ist nur möglich, wenn sich sozial schwächere Schüler/-innen, Schüler/-innen mit Behinderungen oder solche mit Migrationshintergrund nicht mehr in bestimmten Schulformen konzentrieren. Daher sind Haupt- und Sonderschulen aufzuheben. Gerade in einer gemeinsamen Mittel- oder Oberschule neben dem Gymnasium sind Jugendliche aus sozial schwächeren Familien darüber hinaus u.a. durch Ganztagschulen gezielt zu fördern. Dazu gehört auch der Einsatz zusätzlicher Fachkräfte wie der von Sozialpädagogen.

Diese Position scheint zunächst utopisch, faktisch bewegen sich aber eingeleitete Reformen einzelner Länder auf dieses Ziel hin:

- Der Bildungsgipfel von Bund und Ländern hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bis 2015 zu halbieren, konkrete Maßnahmen stehen allerdings noch aus.
- Die UNO-Konvention 13.12.2006 zugunsten einer inklusiven Erziehung von Jugendlichen mit Behinderungen ist von Deutschland ratifiziert und seit März 2009 innerstaatlich geltendes Recht. Die weitgehende inklusive Erziehung von Jugendlichen mit Behinderungen plant bisher nur das Bildungsministerium von Schleswig-Holstein. Sollte die Konvention ihrer Intention entsprechend generell umgesetzt werden, könnte die Zahl der Abgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss deutlich verringert werden.
- Die Hauptschule ist in den fünf neuen Bundesländern und im Saarland zugunsten einer Mittelschule für alle neben dem Gymnasium aufgehoben worden. Auch wenn teilweise noch

²⁷ Vgl. „Lehre inklusive Fachabitur. Maler- und Lackiererhandwerk mit innovativer Ausbildung“ in Nürnberger Nachrichten vom 17.02.2009, S. 4.

²⁸ H. Hartmann, SenBW, Neue Wege zur Förderung der Benachteiligten mit Qualifizierungsbausteinen in Berlin, 2006

nach einer gemeinsamen Orientierungsstufe abschlussbezogene Züge und Kurse bestehen, verliert hier der Hauptschulabschluss an Bedeutung. Der Anteil der Absolventen mit nur diesem Abschluss lag 2007 in den genannten Ländern bei nur 50 % des Bundesdurchschnittes.

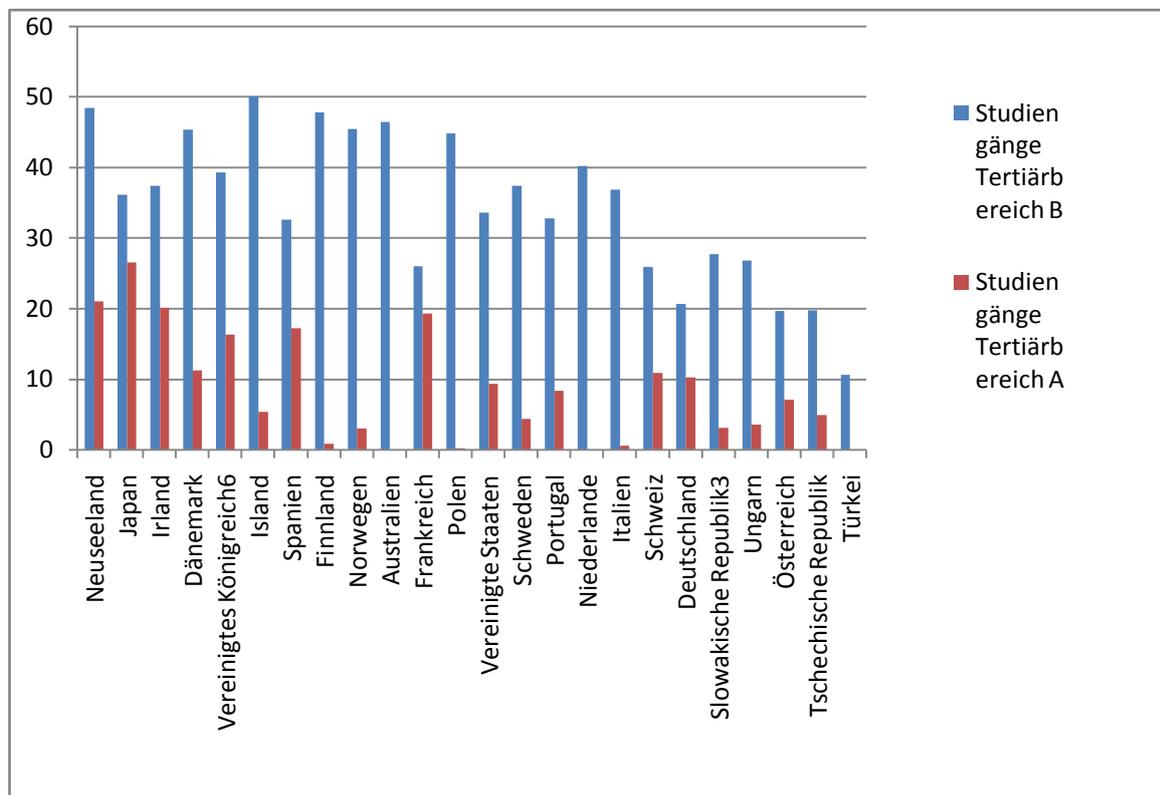
- Das Auslaufen der Hauptschule planen auch die Stadtstaaten sowie die Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zugunsten einer Oberschule für alle mit grundsätzlich eigener hochschulpropädeutischer Oberstufe neben dem Gymnasium. Hier entfallen - außer in Rheinland-Pfalz und in der Regionalschule in Schleswig-Holstein - abschlussbezogene Züge und überwiegend auch abschlussbezogene Kurse. Damit wird in diesen Ländern die Zahl der Hauptschulabschlüsse zurückgehen und der Besuch der Oberstufe zunehmen.

Mit diesen Maßnahmen dürfte die Reparaturfunktion der Sekundarstufe II schrittweise abnehmen.

5.4 Auswirkungen auf den Tertiärbereich

Utopisch mag auch die Forderung klingen, dass die Hochschulen in Deutschland langfristig 50 % eines Jahrgangs zu einem Hochschulabschluss im Tertiärbereich A bzw. A+B führen sollen. Doch bildungspolitisch führende Staaten haben dieses Ziel allein schon für den Tertiärbereich A erreicht und zusammen mit dem Tertiärbereich B weit überschritten.

Schaubild 3: Abschlussquoten im Tertiärbereich



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2006, S. 66 und eigene Darstellung

Dabei ist die OECD-Studie für Deutschland geschönt. Denn Deutschland kennt im Tertiärbereich bislang kaum die Hochschulen der ISCED-Stufe 5B, die expressis verbis in Kurzstudiengängen praktische, technische Fähigkeiten berufsbezogen vermitteln sollen. Dennoch hat Deutschland die Zertifikate des Erziehungs- und Gesundheitswesens, der staatlich geprüften Techniker und der naturwissenschaftlich-technischen Assistenten für die Tertiärbilanz mit angegeben, obwohl für diese zwei Anhänge in der EU-Berufsanerkennungs-Richtlinie erforderlich wurden, um sie aufzuwerten. Wie schon dargelegt, wäre es sinnvoll, diese Ausbildungsgänge in den Tertiärbereich anzuheben. Die Notwendigkeit des Ausbaus und der Öffnung der Hochschule wird von Bund und Ländern erkannt, auch wenn die Schritte klein sind:

- Mit den Aufstiegsstipendien öffnet der Bund die Hochschule für beruflich Qualifizierte ohne Abitur,
- Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern erweitert die Studienkapazitäten für die doppelten Entlaßjahrgänge und für eine höhere Studienquote,
- Die Bologna-Beschlüsse von 1999 führen zu mehr berufsorientierten Abschlüssen und zu stärker strukturierten Studiengängen. Längerfristig werden sie das Studium an den Hochschulen der ISCED-Stufe 5A erleichtern.
- Mit dem Wettbewerb „Exzellente Lehre“ wird im Tertiärbereich die Lehre gestärkt und verbessert werden.

5.5 Reformen jetzt

Doch die Reform der Sekundarstufe II darf nicht auf vorangehende Reformen anderer Stufen warten; denn der Zustand der Sekundarstufe II ist unhaltbar. Die Reformen der Sekundarstufe I oder des Hochschulbereichs sind auch keine Voraussetzung, um mit der Umgestaltung der Sekundarstufe II anzufangen.

Die langfristige Umgestaltung der Sekundarstufe II sollte jetzt beginnen, treten ihre Auswirkungen doch erst längerfristig ein. Die junge Generation von heute darf in der desolaten Situation nicht allein gelassen werden. Die Initiativen, künftige Generationen umfassend mit Ausbildungs- und Studienplätzen zu versorgen, helfen den Jugendlichen in der aktuellen Notlage nicht..

Daher sind auch kurzfristige Maßnahmen erforderlich. Deren Mittelpunkt sollte die Reform des Übergangssystems bilden. Jedes einjährige Angebot sollte für diejenigen Jugendlichen, die keinen Übergang in eine Berufsausbildung finden, verlängert werden, um sie zu einem mittleren Abschluss oder zu einem Berufsabschluss zu führen. Dazu müssten die Maßnahmen des Übergangssystems zu dreijährigen schulischen bzw. außerbetrieblichen Ausbildungsgängen ausgebaut werden. Sie sollten nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zur dualen Berufsausbildung angeboten werden.

Die zweijährigen nicht berufsqualifizierenden Berufsfachschulen sowie die Assistentenausbildung sollten grundsätzlich so weiterentwickelt werden, dass der Abschluss auch die Fachhochschulreife beinhaltet.

5.6 Die Neugestaltung der Sekundarstufe II ist finanzierbar

Das Konzept der berufs- und hochschulpropädeutischen Oberstufe neben dem gymnasialen Zug ist finanzierbar; der Mehraufwand ist gering. Denn schon jetzt besucht ein Teil der Jugendlichen dieses Alters Fachoberschulen oder berufliche Gymnasien, teils bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus.²⁹ Der größere Teil - abgesehen von den wenigen, die als nicht volljährig eine duale oder schulische Berufsausbildung beginnen - berufliche Schulen des Übergangssystems. All diese Schulen werden von der öffentlichen Hand - also Ländern und Gemeinden - finanziert, dazu kommt die finanzielle Förderung der Berufsausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit. Ein Mehraufwand wird dadurch entstehen, dass im Anschluss an die Oberstufe für alle mehr Jugendliche studieren werden. Der Mehraufwand entsteht in erster Linie im tertiären Sektor.

Volkswirtschaftlich gesehen ist der Milliardenaufwand für das Übergangssystem wegen seiner geringen Effizienz kaum noch zu rechtfertigen. Demgegenüber würde mit einer Oberstufe für alle, einer steigenden Studierendenquote und voraussichtlich auch zunehmenden Erfolgsquote bei der dualen Berufsausbildung das Qualifikationsniveau der nachwachsenden Generation deutlich steigen. Die zusätzlich erforderlichen Bildungsausgaben würden – nach den Einsichten der Bildungsökonomie – sehr rentabel sein.

29 Vgl. dazu u.a. bei Reinberg, Alexander, Hummel, Markus: Zwanzig Jahre Bildungsgesamtrechnung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung BeitrAB 306, Nürnberg (IAB) 2006, S. 68. Dort heißt es: „Nach Berechnungen des BiBB hat die öffentliche Hand (Bund, Länder und BA) im Jahr 2000 die Berufsausbildung (Betrieb und Schule ohne Weiterbildung mit rund 11 Mrd. EUR finanziert. Die Nettokosten der Wirtschaft für die betriebliche Ausbildung lag mit rund 15 Mrd. EUR übrigens kaum höher. Von dem öffentlichen Fördervolumen flössen in die betriebliche Ausbildung allein rund 1,4 Mrd. EUR (vgl. Berger 2003).“

Insgesamt sollte die Reform der Sekundarstufe II – aus wirtschaftlichen, sozialen und pädagogischen Gründen - zum Mittelpunkt der Bildungspolitik werden.